



Wien, am 21.07.2010

Mögliche Auswirkungen von „Basel III“ auf Kreditvolumina und gesamtwirtschaftliche Entwicklungen in Österreich

Die vorliegende Untersuchung analysiert mögliche Effekte von auf Basis der Vorschläge des Basler Ausschusses geplanten Regulierungsänderungen auf inländische Kreditvergebepolumina der österreichischen Banken sowie auf die Entwicklung ausgewählter gesamtwirtschaftlicher Größen. Die Vorschläge des Basler Ausschusses führen zu einer Erhöhung der Kapitalanforderungen an Banken infolge von sowohl qualitativ als auch quantitativ strengeren Unterlegungskriterien. Sofern die Banken Eigenkapital nicht in entsprechendem Ausmaß extern aufbringen oder intern in Form von Gewinnen aufbauen, wird es erwartungsgemäß zu Reduktionen ihrer Veranlagungsvolumina und damit ceteris paribus auch der Kreditvergebepolumina kommen. Selbst wenn es in diesem Fall nicht zu einer Rückführung der Veranlagungsvolumina insgesamt sondern vielmehr zu einer Umschichtung in Richtung weniger riskanter Veranlagungen kommen sollte, hätte dies aller Voraussicht nach negative Effekte auf die Kreditvolumensentwicklung.

Wie empirische Forschungsergebnisse zeigen, kann die externe Aufbringung größerer Mengen an Eigenkapital in wirtschaftlich angespannten Zeiten zu moderaten Preisen schwer zu realisieren sein. Hinzu kommt, dass gegenwärtig nicht allein Banken einen hohen Kapitalbedarf auf dem Kapitalmarkt zu decken haben. Auch der Kapitalaufbau über Gewinne erscheint im Ausmaß des erwarteten Kapitalbedarfs innerhalb eines überschaubaren Zeitraums nicht realistisch. Die Entwicklung der Gewinne nach Risikokosten ist aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage mit entsprechender Unsicherheit behaftet. Gewinne können nicht als fixe Planungsgröße für den Kapitalaufbau herangezogen werden. Ferner werden aktuell zusätzliche Belastungen von Bankgewinnen diskutiert.

- Erstens wurde auf Basis der von einigen österreichischen Banken bereitgestellten Daten eine stichprobenbasierte Abschätzung des nach derzeitigem Konsultationsstand potenziell resultierenden Bedarfs nach Forderungsabbau vorgenommen. Diese Schätzung erfolgte unter der Annahme, dass das infolge der geplanten Kapitalerfordernisänderungen zusätzlich benötigte Eigenkapital kurzfristig nicht aufgebracht wird. Die Stichprobe deckt mehr als die Hälfte der Kredite an inländische Nichtbanken ab.
- Zweitens wurden auf Basis der von der Oesterreichischen Nationalbank veröffentlichten Zeitreihen zu Forderungspositionen gegenüber inländischen Nichtbanken, nichtfinanziellen Unternehmen und privaten Haushalten Schätzungen zu gesamtwirtschaftlichen Effekten von möglichen Kreditvolumsreduktionen durchgeführt.

Ziel dieser Schätzungen ist es, einerseits kurz- bis mittelfristige sowie andererseits langfristige makroökonomische Auswirkungen von Kreditreduktionsszenarios, wie sie sich aus der Untersuchung der Bankenstichprobe ergeben, zu quantifizieren.

Die Ergebnisse zeigen folgendes Bild:

- Die stichprobenbasierten Berechnungen zum potenziellen Forderungsabbau wurden für ausgewählte Szenarien durchgeführt. Dabei ergibt ein Szenario von 4, 6 und 8 Prozent Mindestquote für Core Tier 1, Tier 1 und Eigenmittel in Verbindung mit oberhalb der Mindestquote zu haltenden Kapitalpuffern und unter Abzug des derzeit gewährten staatlichen Partizipationskapitals einen Forderungsrückgang gegenüber inländischen Unternehmen und Retailkunden von etwa 20 Prozent. Für Berechnungen unter Heranziehung strengerer Mindestquoten würde höherer Abbaubedarf resultieren.
- Die Schätzungen zu den makroökonomischen Effekten ergeben bei einer Kreditvolumensreduktion von 20 Prozent für den kurzfristigen Bereich (im 1. Jahr) einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 1.7 Prozent und für den mittelfristigen Bereich (bis zum 5. Jahr) von 2.5 Prozent. Bis zum 10. Jahr könnte sich der Rückgang auf ca. 5.6 Prozent belaufen – bei 50 prozentiger langfristiger Substitution der kurzfristig weggefallenen Kreditvolumina auf etwa 2.8 Prozent. Diese Entwicklungen würden begleitet von entsprechend niedrigerer Arbeitsproduktivität, geringerer Beschäftigung (Anstieg der Arbeitslosenquote bis zum 10. Jahr um rund 0.9 Prozentpunkte bzw. um 0.45 Prozentpunkte bei 50 prozentiger Substitution) und deutlich niedrigeren verfügbaren Haushaltseinkommen. Zu ähnlichen Schätzungen über realwirtschaftliche Konsequenzen der aktuellen Basler Vorschläge kommt etwa auch die französische Bankenvereinigung FBF, welche negative Auswirkungen auf das reale Bruttoinlandsprodukt der Eurozone von 1.5 Prozent kurzfristig und über 6 Prozent langfristig erwartet. Auch Auswirkungsabschätzungen für Spanien (von La Caixa) ergeben als wahrscheinliches Szenario für langfristige Effekte einen Rückgang von 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Rückfragehinweis:

IHS, Stumpergasse 56, 1060 Wien, Fax: 01/59991-162, <http://www.ihs.ac.at>

Univ.-Prof. Dr. Bernhard Felderer, felderer@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-125
Dr. Luise Breinlinger, luise.breinlinger@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-230

Tanja Gewis (Public Relations), gewis@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-122